



BEWERBUNG

KATHRIN HENNEBERGER

DIREKTKANDIDATIN MÖNCHENGLADBACH

VOTUM FÜR DIE LANDESLISTE

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

in einer Zeit großer historischer Herausforderungen ist es umso wichtiger, dass Menschen sich engagieren – gegen die Wiederkehr des Faschismus und für eine Gesellschaft, die die Rechte aller Menschen schützt und verteidigt.

Zu Beginn des Jahres gab es deshalb in Mönchengladbach große Proteste. Viele Menschen waren dabei, die zum ersten Mal auf eine Demo gingen, um für ihre Rechte einzutreten und aus Solidarität mit Menschen mit Migrationsgeschichte oder aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Der erschreckende Angriff auf die Lebenshilfe Mönchengladbach hat uns einmal mehr gezeigt, dass der Ruf „Nie wieder ist jetzt!“ keine leeren Worte sein dürfen. Die Verbrechen der Nazizeit dürfen sich nicht wiederholen und dafür einzustehen, liegt in unserer aller Verantwortung.

Dieser Verantwortung möchte ich mich auch weiter stellen, politisch für eine pluralistische Gesellschaft und gegen den Faschismus kämpfen – im Bundestag wie in Mönchengladbach. Mein Bewerbungsschreiben möchte ich deshalb auch nutzen, um vom ganzen Herzen Danke zu sagen, an alle Menschen, die sich den Protesten gegen die Deportationspläne der AfD von Menschen mit Migrationsgeschichte angeschlossen und die den Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen der Lebenshilfe Mönchengladbach ihre Solidarität gezeigt haben.

Als ich vor drei Jahren eure Abgeordnete wurde, waren wir noch inmitten der Corona-Pandemie. Wenige Monate nach Regierungsbildung kam es zu dem Angriffskrieg Putins auf die Ukraine. Meine bisherige Zeit im Bundestag ist von Krisen und neuen Kriegen geprägt. Im Ausschuss Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschäftigten wir uns auch mit den globalen Auswirkungen, wie beispielsweise stärkere Ernährungsunsicherheit und der sich verschlechternden Sicherheitslage in der Sahelzone.

Im Ausschuss Klima und Energie stand ich mit meinen Kolleg*innen in der Verantwortung, die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas und Kohle zu beenden. Mit einer enormen Kraftanstrengung haben wir es dafür geschafft, die gesetzlichen Grundlagen für den Ausbau der Erneuerbaren zu verändern.

Das Ergebnis lässt sich sehen: Im ersten Quartal 2024 stammte 58,4 % unseres Stroms aus erneuerbaren Quellen, über Ostern 2024 haben wir 15 schmutzige Kohlekraftwerksblöcke abgeschaltet. Davon Braunkohlemeiler Neurath C, D und E sowie Niederaußem E und F bei uns im Rheinland. Über Ostern 2023 hatten wir bereits die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland stillgelegt.

Bis wir es aber geschafft haben ganz aus den Fossilen (in allen Sektoren) auszusteigen, bleibt aber noch sehr viel zu tun. Neue fossile Infrastruktur zu verhindern sowie der Streit für ein schnelleres Abschalten von Kohlekraftwerksblöcken bleiben eine große Aufgabe, denen ich mich weiterhin mit ganzer Kraft im Bundestag widmen möchte.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar verbunden

Mönchengladbach ist besonders von Kinderarmut betroffen und deshalb ist es mir essenziell wichtig, dass wir auf Bundesebene hart für eine Kindergrundsicherung streiten. Meinen Teil dazu beizutragen, dass Kinder in Würde und Sicherheit aufwachsen, sehe ich als meine politische Verantwortung als Bundestagsabgeordnete. Die Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist eine solidarische Politik, die auf die Bedürfnisse von Minderheiten Rücksicht nimmt, den Wohlstand gerecht aufteilt und Menschen, die zu uns fliehen oder migrieren, willkommen heißen.

Die Bundestagswahl wird im nächsten Jahr eng mit der Kommunalwahl verknüpft sein. Ich möchte dies als Chance nutzen in der Region gemeinsam mit euch eine Wahlkampagne auszuarbeiten, die Menschen für eine sozial- und klimagerechte Politik auf Kommunal- und Bundesebene begeistern. Die Welt zu einem besseren Ort zu gestalten, schaffen wir nur, wenn starke Grüne auf kommunaler Ebene Veränderungen konkret umsetzen und dem Rechtsruck Einhalt gebieten.

Besonders unsere Region steht mit dem Strukturwandel vor großen Herausforderungen und der großen Chance zu zeigen, wie es gelingen kann aus dem Zeitalter der Fossilen auszusteigen und gleichzeitig eine Zukunftsregion zu erschaffen. Dies umzusetzen, bedeutet aber noch sehr viel Arbeit, die ich weiterführen möchte. Dazu gehört auch die Aufgabe, die Wassersicherheit der Region zu gewährleisten, langfristige Lösungen zu finden, wie Fließgewässer wie unsere Niers gespeist werden und die Feuchtgebiete der Region nicht vertrocknen. Die Bedürfnisse der Menschen in den Orten (wie Wanlo) am Tagesbaurandgebiet sowie die erst kürzlich geretteten Dörfer müssen im Mittelpunkt bei der Entwicklung ihrer Orte stehen.

Neben dem aktuellen Prozess des Rückkaufs für ehemalige Bewohner*innen ist es wichtig, die in Kuckum und Keyenberg neu lebenden Menschen aus der Ukraine, Syrien sowie Afghanistan zu berücksichtigen, weshalb ich mich aktuell auch für die Einrichtung eines Jugendzentrums in Kuckum einsetze.



Globale Gerechtigkeit ist die Grundlage für eine lebenswerte und sichere Zukunft

Laut der WMO und dem EU-Wetterdienst Copernicus sind wir dabei, die 1,5-Grad-Grenze globaler Erhitzung der Erdatmosphäre zu erreichen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit Klimakipppunkte zu überschreiten drastisch. Geschieht dies, verlieren wir die Kontrolle und rasen in die Klimakatastrophe.

Leider existieren immer noch neue Pläne, fossile Quellen zu erschließen. Von der Nordsee vor Borkum bis zum Albert See in Uganda (EACOP). Meine Arbeit in den letzten drei Jahren hat sich deshalb darauf konzentriert, dem die Stirn zu bieten. Lokal dem Kohlekonzern RWE und global fossilen Großkonzernen wie TotalEnergies, Glencore oder Shell. In enger Zusammenarbeit mit progressiven Parlamentarier*innen anderer Länder sowie Menschenrechts- und Klimaaktivist*innen und Vertreter*innen indigener Bevölkerungsgruppen.

Wir können es noch schaffen die Klimakrise aufzuhalten, dass haben mir die Erfolge in den letzten drei Jahren gezeigt: Deutschland ist aus dem Energy Charter Treaty (ein globaler Vertrag zum Schutz Fossiler Investitionen) ausgestiegen, auf der letzten UN-Klimakonferenz hat die Weltgemeinschaft eine „Abkehr von den Fossilen“ beschlossen und wir haben den „Loss And Damage Fund“ gegründet. Ein Fonds für Verlust und Zerstörung durch die Klimakrise in den Ländern, die am schwersten bereits jetzt von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind.

Die Klimakrise aufzuhalten, wird darüber entscheiden, ob wir unsere Lebensgrundlagen erhalten – eher als wir es uns vorstellen können. Nach über 20 Jahren beständigen Streit für Klimagerechtigkeit, möchte ich nicht die Flinte ins Korn werfen, sondern jetzt erst recht weiter streiten.

Wir können es uns nicht leisten, zu verzagen. Deshalb möchte ich für euch erneut in den Bundestag einziehen und weiter für Klimagerechtigkeit lokal wie global streiten.

Liebe Grüße
Eure Kathrin

